



Solidarität mit streikenden Bahnbeschäftigten

Pressemitteilung von Werner Dreibus, 04. Oktober 2006

Weiterer Ausverkauf von öffentlichem Eigentum muss verhindert werden

"Wer auch in Zukunft sicher und pünktlich Zug fahren und gleichzeitig Beschäftigung in Deutschland erhalten möchte, tut gut daran, den heutigen Warnstreik der Bahnbeschäftigten gut zu heißen", erklärt Werner Dreibus, Vizechef der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Es geht darum, den Beschäftigungssicherungstarifvertrag für 130.000 Bahnbeschäftigte zu erhalten. "In diesem Punkt gehört unsere Solidarität den Streikenden."

Gleichzeitig bekräftigt Dreibus, dass seine Fraktion den Börsengang und somit die Privatisierung der Bahn im Gegensatz zur Gewerkschaft Transnet strikt ablehnt. "Der weitere Ausverkauf von öffentlichem Eigentum muss verhindert werden. Und dafür gibt es ernstzunehmende Signale. Die Bahn als Dienstleisterin für viele Millionen Bürgerinnen und Bürger muss weiterhin in öffentlicher Hand bleiben."

DIE LINKE. ist sich mit dem Verkehrsausschuss des Bundestags einig, dass die Bundesregierung ihre

Vertreter im Aufsichtsrat der Bahn AG anweist, den
Beschäftigungssicherungstarifvertrag unabhängig
vom weiteren Privatisierungsfortgang einzuhalten.